

# Staat und Recht im Imperialismus

## Bürgerliche Demokratietheorien als „Systemüberlebensmodelle“

Prof. Dr. sc. EKKEHARD LIEBERAM,  
Institut für Theorie des Staates und des Rechts  
der Akademie der Wissenschaften der DDR

Das Bild vom idealen demokratischen Gemeinwesen, das auch die sich seriös gebenden bürgerlichen Demokratietheorien mit wachsendem Abstand zur Realität heute wie vor 10 und 20 Jahren zeichnen, kann leicht darüber hinwegtäuschen, daß sich seit Mitte der 70er Jahre hinsichtlich der Art und Weise, wie die Monopolbourgeoisie zur Demokratiefrage Stellung nimmt, erhebliche Wandlungen vollzogen haben. Zu Beginn der 80er Jahre setzen sich diese Wandlungen fort und prägen sich weiter aus.

In der politischen Praxis kam es zu einer stärkeren Hinwendung des imperialistischen Staates zu offen antidemokratischen Methoden der Herrschaftsausübung. „Wie ein Damm stellt sich der Imperialismus den Rechten des Volkes, Menschenwürde und geistiger Freiheit entgegen. . . . Eingeschränkt und mißachtet werden alle demokratischen Grundrechte. Riesige Ausmaße haben Bespitzelung, Einschüchterung, Repression und Berufsverbote erreicht.“<sup>1</sup>

In den bürgerlichen Demokratietheorien vollziehen sich Bewegungen in der gleichen Richtung. Im Namen der „Demokratie“ — das ist die Haupttendenz — wird ein noch weitergehender offener oder verdeckter Abbau demokratischer Rechte verlangt.

Ohne Frage sprechen die bürgerlichen Demokratietheoretiker mit unterschiedlichen Zungen. Sie polemisieren gegen ein „Zuviel“ an Demokratie, machen aber zugleich weiterhin Propaganda für die „westliche pluralistisch-freiheitliche Demokratie“ und verlangen zum Teil deren „Ausbau“. Dies spiegelt zum einen die Existenz verschiedener Richtungen wider. Zum anderen sind die oft divergierenden Aussagen bürgerlicher Ideologen zur Demokratiefrage nur Ausdruck unterschiedlicher Aufgaben, die bürgerliche Demokratietheorien bei der Verklärung, Legitimation und Sicherung der monopolistischen Machtverhältnisse übernehmen. Diese Theorien suchen die demokratischen Bewegungen im eigenen Land zu desorientieren. Sie entwickeln „Strategien“, wie die politische Macht der Arbeiterklasse in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft unterminiert und beseitigt werden kann. Sie widmen sich aber auch einer nicht minder wichtigen Aufgabe: dafür zu sorgen, daß die bürgerliche Demokratie als ein spezifisches Manipulierungsinstrument kapitalistischer Klassenherrschaft ihre Funktionsfähigkeit behält und dem Demokratiestreben der Volksmassen möglichst enge Grenzen setzt.

Angesichts der tiefen Krise des Kapitalismus erfahren die Bemühungen bürgerlicher Politologen, gerade die Demokratietheorien zum Eckpfeiler von „Systemüberlebensmodellen“ für die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu machen<sup>2</sup>, eine gewisse Modifikation.

### *Bürgerliche Demokratie als Manipulierungsinstrument kapitalistischer Klassenherrschaft*

Die bürgerliche Demokratie war stets und ist auch in der Gegenwart eine zwiespältige Erscheinung. Die verfassungsrechtliche Zusicherung von Grundrechten, die Durchführung von Wahlen, an denen mehrere Parteien teilnehmen, die Existenz von Parlamenten, in deren Händen zumindest formal die gesetzgeberische Gewalt liegt, eine gewisse Teilung der staatlichen Aufgaben zwischen Exekutive, Parlament und Gerichten, die Proklamation föderaler

Rechte, die Zusicherung einer lokalen Selbstverwaltung u. a. m. berühren reale Fragen der Organisation der bürgerlichen Staatsmacht wie auch der Beziehungen zwischen Staat und Bürger.

Diese Rechte und Institutionen dienen der Monopolbourgeoisie zur Irreführung im Klassenkampf und erfüllen im politischen System des Imperialismus eine Reihe von Aufgaben. Aber auch die Volksmassen stützen und berufen sich auf Rechte und Institutionen der bürgerlichen Demokratie im Kampf um die Verteidigung ihrer Interessen, um die Durchsetzung sozialer und politischer Reformen und um die Veränderung des inneren Klassenkräfteverhältnisses.

Das Verhältnis der Monopolbourgeoisie zur bürgerlichen Demokratie wird nicht nur von sehr unterschiedlichen Motiven, sondern auch von der konkreten Konstellation der Klassenkräfte, von der Entwicklung der sozialen und politischen Konflikte sowie vom Vermögen der Monopolbourgeoisie bestimmt, gerade auch mittels der Mechanismen der bürgerlichen Demokratie als einer Form des kapitalistischen Staates die Klassenkonflikte zu „dämpfen, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung‘ (zu) halten“.<sup>3</sup> Die Geschichte dieses Jahrhunderts hat immer wieder gezeigt, daß der Monopolbourgeoisie in der praktischen Politik jede Ehrfurcht vor den in Verfassungen proklamierten demokratischen Rechten und Prinzipien fremd ist. Unter Bedingungen sich verschärfender sozialer Konflikte, da die demokratischen Rechte verstärkt von den Volksmassen zur Durchsetzung ihrer Interessen in Anspruch genommen werden und die bürgerlich-parlamentarischen Institutionen einem erhöhten Druck der Volksmassen ausgesetzt sind, attackiert die Monopolbourgeoisie diese Rechte und Institutionen und kalkuliert ihre Beseitigung ein.

In ihrem Bemühen, auch unter den Bedingungen des durch die besondere Art der Verflechtung von allgemeiner und zyklischer Krise eingeleiteten neuen Abschnitts der allgemeinen Krise des Kapitalismus ihre Macht aufrechtzuerhalten, ist zugleich eine andere Seite von nicht minderer Bedeutung für die Monopolbourgeoisie geworden: die Überprüfung all jener Erfahrungen, die sie in den letzten Jahrzehnten bei der Nutzung der bürgerlichen Demokratie für die Stabilisierung ihrer Herrschaft gesammelt hat. In den 60er Jahren nahm sie mit Interesse jene Theorien auf, die ihr empfahlen, die „liberale Demokratie“ noch wirksamer als „Regulierung durch Konflikt“, als „Schleusen, Auslaß und Kanäle für die Flut“ auszugestalten.<sup>4</sup>

Eine solche Orientierung, die bürgerliche Demokratie nicht frontal anzugreifen, sondern sie zu unterminieren, zugleich aber auch zu nutzen, bietet der Monopolbourgeoisie auch in der Gegenwart im ideologischen Klassenkampf gleich mehrere Vorteile. Gegenüber der eigenen Bevölkerung, für den inneren Gebrauch, dient ihr diese Linie dazu, die staatsmonopolistischen Machtverhältnisse als „Demokratie“ zu verklären und alle politischen Bewegungen, die eine Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung anstreben, als „antidemokratisch“ zu diffamieren. Mit der Selbsteinschätzung, ihr politisches System sei der endlich erreichte Höhepunkt demokratischer Staatsentwicklung, stützt sie aber auch weiterhin ihre Alleinvertretungsanmaßung in der Demokratiefrage gegenüber den sozialistischen Ländern.

Das Interesse der herrschenden imperialistischen Kreise, auch unter den Bedingungen sich verschärfender ökonomischer Krisen und sozialer Konflikte solange wie möglich ihre Herrschaft als Demokratie zu tarnen, hat jedoch seine Ursache nicht nur in den Vorteilen, die sie sich davon in der Führung des ideologischen Klassenkampfes versprechen. Es resultiert auch aus den nach wie vor gegebenen Möglichkeiten der Monopolbourgeoisie in der Mehrzahl der kapitalistischen Industrieländer, im Rahmen der